WIENER ZEITUNG 30. APRIL 2003

Regierung beschließt Verlustdeckelung beim Durchrechnungszeitraum und Vergünstigungen für Kinderbetreuung

Pensionsreform ist auf Schiene

Die Pensionsreform ist auf Schiene: Dienstag früh passierte der – durch Abfederungsmaßnahmen entschärfte – Entwurf der Bundesregierung den Ministerrat und gelangte anschließend in den Nationalrat, wo ihn Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Vizekanzler Herbert Haupt als sozial und gerecht verteidigten. Beide bekräftigten auch ihren Willen zu einer raschen Harmonisierung der Pensionssysteme und Änderungen bei den Politikerpensionen. SPÖ und Grüne blieben bei ihrer strikten Ablehnung der Pensionsreform.

„Die demographische Situation zwinge uns zum Handeln", hielt der Bundeskanzler dabei jenen entgegen, die für den Moment keinen Handlungsbedarf sehen. Die Reform sei gerecht, weil alle Gruppen miteinbezogen seien, und sozial, weil das Aus für die Frühpensionen in Etappen erfolge. Auch die zwei Millionen Pensionisten hätten „nichts zu befürchten", ebenso jene, die schon jetzt in Pension gehen könnten, so Schüssel.

Auch Haupt zeigte sich mit den erzielten Änderungen zufrieden. Er richtete an die Sozialpartner den neuerlichen Appell, die „ausgestreckte Hand der Bundesregierung" zu ergreifen und an der Harmonisierung der Pensionssysteme mitzuwirken.

In intensiven Verhandlungen hatten sich ÖVP und FPÖ auf folgende Änderungen geeinigt: Bei den erweiterten Durchrechnungszeiträumen wurde eine Verlustdeckelung eingeführt. Bis 2007 sollen die Einbußen bei maximal 3,5 Prozent liegen, bis 2015 bei 7 Prozent, und danach bei höchstens 10 Prozent. Für Mütter wurde festgelegt, dass pro Kind drei Jahre von der Durchrechnung abgerechnet werden. Zudem wird innerhalb der nächsten 25 Jahre die Bemessungsgrundlage für die Kindererziehungszeiten um 50 Prozent erhöht. Die Hacklerregelung für Personen mit langer Versicherungsdauer wird bis 2006 weitergeführt. Grundsätzlich soll eine Dauerregelung gefunden werden, die Schwerarbeiter besser berücksichtigt.

Nichts geändert hat sich dagegen am Nein der Opposition. Für SP-Chef Alfred Gusenbauer blieben die Ungerechtigkeiten bestehen. Der Grünen-Bundessprecher Alexander Van der Bellen erkannte keinen Anlass für so einschneidende Maßnahmen.

Positiv überrascht zeigte sich dagegen der Pensionsexperte Bernd Marin, der die Reform und die beschlossenen Änderungen begrüßte.